



# N I E D E R S C H R I F T

zu der

**Sitzung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Zittau**

**Dienstag, den 17.12.2019 16:00 Uhr**

**Bürgersaal im Rathaus**

---

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 20:17 Uhr

---

**Name der/des leitenden Vorsitzenden:  
Schriftführer/in:**

Thomas Zenker, Oberbürgermeister  
Simone Weichenhain

## **Anwesend**

### Vorsitzende/r

Thomas Zenker

### AfD-Fraktion

Janine Dölle

Jörg Domsgen

Sabine Fiedler

Frank Figula

ab 16:36 Uhr anwesend

Rudolf Fraedrich

Steffen Kern

Andreas Wiesner

### CFG-Fraktion

Matthias Böhm

Dietrich Glaubitz

ab 16:14 Uhr anwesend

Oliver Johne

ab 16:34 Uhr anwesend

Andreas Mannschott

Klaus Reepen

Thorsten Walkstein

### FFF-Fraktion

Jörg Gullus

Dr. Thomas Kurze

Dietrich Thiele

bis 20:03 Uhr anwesend

Wolfgang Wauer

### Zkm-Fraktion

Ute Wunderlich

Anke Zenker-Hoffmann

ab 18:58 Uhr anwesend

Martina Schröter

Thomas Schwitzky

Die Linke.-Fraktion

Winfried Bruns  
Jens Hentschel-Thöricht  
Michael Schostek

ab 16:11 Uhr anwesend

Ortsbürgermeister

Sven Ehrig  
Bernd Müller  
Andreas Nietsch  
Christian Schäfer  
Frank Sieber

Stadtverwaltung

Heike Barmeyer  
Dr. Volker Beer  
Philipp Fay  
Ines Göhler  
Kai Grebasch  
Elke Hofmann  
Ralph Höhne  
Michaela Janyska  
Dr. Peter Knüvener  
Petra Laksar-Modrok  
Uwe Pietschmann

Presse

Thomas Mielke

SZ

Gesellschaften

Sandra Tempel  
Raik Urban

Anwesende Bürger: 15  
Zu TOP 7: Anja Nixdorf-Munkwitz

**Abwesend**

CFG-Fraktion

Thomas Zabel

privat entschuldigt

Zkm-Fraktion

Annekathrin Kluttig

privat entschuldigt

## TAGESORDNUNG

### Öffentlicher Teil

1. Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur vorläufigen Tagesordnung und Bestätigung
3. Einwände zu den Niederschriften der Stadtratssitzung vom 29.10.2019 und 21.11.2019
4. Bericht des Oberbürgermeisters nach § 52 (5) SächsGemO
5. Beschlusskontrolle
6. Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte
  - 6.1. Stadtrat Bruns
  - 6.2. Stadtrat Gullus
  - 6.3. Stadtrat Dr. Kurze
  - 6.4. Stadtrat Thiele
  - 6.5. Stadträtin Fiedler
  - 6.6. Stadtrat Schostek
  - 6.7. Stadtrat Hentschel-Thöricht
  - 6.8. Stadtrat Mannschott
  - 6.9. Stadtrat Domsgen
7. Bericht zur Kraftwerksstiftung im Stadtrat Dezember BE: Anja Nixdorf-Munkwitz
8. Beschluss zur Einführung eines städtischen Gedenktages an die Friedliche Revolution 1989 206/2019
9. Beschlussantrag AfD-Fraktion - Haushalt / Jahresabschlüsse / Inventuren 171/2019
10. Information zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Großen Kreisstadt Zittau 215/2019
11. Beschluss zur Kooperationsvereinbarung zwischen dem Oberlausitzer Kreissportbund e. V., der Großen Kreisstadt Zittau und der Gemeinde Olbersdorf zur weiteren Entwicklung/Unterstützung des "Zittauer Gebirgslauf und Wandertreff (ZGLW)" für die Jahre 2020 bis 2022 207/2019
12. 2. Änderung der Richtlinie zur Regelung der Kindertagespflege in der Stadt Zittau 220/2019
13. Beschluss zur Fortsetzung der Förderung der Einzelmaßnahme EFRE NSE „KU-Förderung“ auf der Grundlage der Förderrichtlinie der Stadt Zittau 223/2019
14. Beschluss zur Neufassung der Satzung der Großen Kreisstadt Zittau über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege 158/2019

Oberbürgermeister Zenker eröffnet die Sitzung des Stadtrates und begrüßt die Anwesenden.

## **Öffentlicher Teil**

---

### **1. Tagesordnungspunkt Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit**

Die Einladung und Unterlagen zur Stadtratssitzung sind form- und fristgerecht zugegangen. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Hierzu gibt es keinen Widerspruch.

Es sind 25 Stadträtinnen und Stadträte einschließlich Oberbürgermeister anwesend. Entschuldigt für heute sind: Stadträtin Kluttig und Stadtrat Zabel. Später kommen Stadträtin Zenker-Hoffmann und Stadtrat Figula.

Für die heutige Protokollunterzeichnung werden Stadtrat Mannschott und Stadtrat Wiesner vorgeschlagen. Beide geben ihr Einverständnis.

---

### **2. Tagesordnungspunkt Anträge zur vorläufigen Tagesordnung und Bestätigung**

Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt.  
Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

---

### **3. Tagesordnungspunkt Einwände zu den Niederschriften der Stadtratssitzung vom 29.10.2019 und 21.11.2019**

Einwände zur Niederschrift vom 29.10.2019 gibt es nicht, somit ist diese zur Kenntnis genommen.

Einwände zur Niederschrift vom 21.11.2019 gibt es nicht, somit ist diese zur Kenntnis genommen.

---

### **4. Tagesordnungspunkt Bericht des Oberbürgermeisters nach § 52 (5) SächsGemO**

Thema Kulturhauptstadtbewerbung

OB Zenker spricht zunächst allen Beteiligten einen ausdrücklichen Dank, insbesondere dem Team, der Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft sowie der Stadtverwaltung Zittau aus. Eine umfangreichere Stellungnahme zum Thema erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Hierzu wird noch die Begründung zur Thematik von der Jury erwartet, warum wir in diesen Wettbewerb nicht weitergekommen sind. Wir haben unsererseits sehr stark auf das Thema trinationale und internationale Zusammenarbeit gesetzt und welche Bedeutung Europa für diesen ganz konkreten Ort und diese Region hat. Gemeinsam mit der ZSG soll jetzt darüber beraten werden, wie wir die grundsätzliche Situation anfassend, denn der Freistaat hat uns Unterstützung zugesagt und wie wir aus der Situation noch Vorteile gewinnen können. Das heißt man muss schauen, was aus den entwickelten Ideen und Projekten tatsächlich sinnvoll und konkret in naher Zukunft umsetzbar ist. Was davon in Regelverfahren innerhalb der Stadtverwaltung fließen sollte und was möglicherweise über den Städteverbund und über die Europäischen Programme führt. Dafür gibt es mehrere Gremien, die sich damit beschäftigen sollten. Über die Wege muss diskutiert werden.

- Miteinander Wohnen in unserer Wohnungsgenossenschaft Zittau

Hierzu gilt grundsätzlich festzuhalten, dass es zwingend notwendig ist, ob nun für unsere Gesellschaft oder andere, dass das Wohnen nur miteinander organisiert werden kann. Dass es auch gelingen muss, verschiedene Altersgruppen miteinander zu vereinen, auch das ist bekannt und unstrittig. In der Angelegenheit, die hier zur Diskussion geführt hat und auch öffentlich in der Zeitung bewertet wurde, sind inzwischen Anrufe und Post beim OB, auch von der gefühlten Gegenseite, angekommen.

Er ist nicht der Meinung, dass wir als Stadt, das heißt als Gesellschafter unserer Gesellschaft, erlauben sollten, irgendwelche Spielplätze rückzubauen. Kinder gehören in diese Stadt und sind die Zukunft. Wir sollten an der Stelle mit den Jugendhelferträgern der Stadt und wenn es möglich ist, mit den Kindern und Eltern selbst, die Spielplätze insgesamt ein bisschen mehr in den Fokus zu nehmen. Ihm gefällt es ebenso nicht, wenn Glasscherben herum liegen oder Alkohol im Umfeld vor Kindern konsumiert wird. Zur Situation Vorort: Das Wohngebiet Zittau ist bekannt und ist auch zum Teil ein Rückbaugesamt von Wohnblöcken. Zwischen den Wohnblöcken ist das Spielen selbstverständlich immer wieder mal ein Konfliktpunkt. Hierzu gibt es mehrere Grundsätze. Der Bundesgerichtshof hatte darüber zu urteilen, dass Spiellärm von Kindern zu ertragen ist. Natürlich ist es notwendig und wichtig, dass die Eltern ihre Aufsichtspflicht wahrnehmen, insbesondere dann, wenn es zu Konflikten kommt. Nämlich, wenn gefürchtete oder tatsächliche Beschädigungen durch Ballspiel entstehen. Das ist in allen Zittauer Wohngebieten so, dass auf den Spielplätzen Erläuterungstafeln hängen. Dort steht dann darauf: Da haben keine Hunde etwas zu suchen, kein offenes Feuer und es steht sehr oft leider, Ballspielen verboten. Das ist im Rahmen der Eigentümerrechte durchaus denkbar, aber zu recht nicht ganz unumstritten. Der Kinderschutzbund sagt auch, dass Kinder spielen müssen können. Frau Standke hat manchmal einen erzürnten Ton, wenn das Ganze etwas eskaliert und Herr Appeldorn ist ein Journalist, der so etwas gern heraus lockt. Frau Standke hat sehr deutlich gesagt, dass die Worte, die sie da verwendet hat, zum Beispiel: „Ich lass mir meine Investitionen nicht zerschlagen.“, dass ihr dies nicht zustehe. Das gehört da nicht hin. Und es hätte anders formuliert werden können und müssen. Dass sie zurecht erzürnt ist, wenn sie in einem Konflikt nicht über irgendwelche Klärungsgremien zu diskutieren hat, sondern plötzlich mit dem Journalisten zu tun hat, dies kann er gut nachvollziehen. Wir haben Vorort eine nicht zuordenbare Sachbeschädigung, eine Grillsituation, die andere Nachbarn sehr kritisieren. Das heißt: Sie muss versuchen, eine Klärung herbeizuführen. Er denkt und es wissen alle, dass das Wohnen mit Nachbarn mitunter zu Streit führt. Mit Frau Standke ist vereinbart, dass sie in ihren Aushängen explizit darauf achtet, dass die Menschen mit einer angemessenen Sprache angesprochen werden. Für 2020 zieht er für sich und den Stadtrat daraus eine Konsequenz, dass das Thema Spielplätze aufgegriffen wird und in Form eines Konzeptes aufbereitet wird. Und vielleicht gibt es eine Möglichkeit unter Verwendung von Fördermöglichkeiten, einen schönen Spielplatz irgendwohin zu setzen.

Herr Fay ergänzt als Aufsichtsratsvorsitzender der WBG. Auch der Tenor im Aufsichtsrat war, dass es hier tatsächlich um das Miteinander geht und wie man es organisiert. Es gab verschiedene Situationen, die Frau Standke auch ihrer Ansicht nach dazu bewegt haben, dort zu reagieren. Wie die Reaktion ausfällt, ist eine andere Frage. Letzendes hat sie ihre Eigentümerinteressen damit versucht umzusetzen. Es muss das Ziel sein hier für alle Parteien, einen Ausgleich zu schaffen. Es sind Alternativen und Möglichkeiten aufgezeigt worden, wie man so etwas tun kann. Wir hoffen alle, dass es für die Zukunft gelingen wird.

## Termine

Am 12 Januar endet die bislang sehr erfolgreiche Romantik-Ausstellung im Museum.

Am 19. Januar endet die Ausstellung zur Zittauer Straßenbahn.

- 25.11.2019 Sachsenweite Veranstaltung „Ab in Mitte“ – Auszeichnung Stadt Zittau in Höhe von 5000 € für die Begleitung der Baustelle Innere Weberstraße
- 26.11.2019 Beginn des Erörterungstermins im Anhörungsverfahren Planfeststellung B 178n Politische Jahrestag der GD Energie und Kohleregionen
- 27.11.2019 Landrat Lange besucht im Rahmen der Schulnetzplanung des Landkreises mehrere Schulen gemeinsam mit der Amtsleiterin. Begleitet wurde er durch BM Fay.  
Eröffnung und Grußwort der Jobbörse durch BM Fay
- 28.11.2019 Sitzung Steuerungsgruppe Kulturhauptstadtwerbung Zittau 2025
- 29.11.2019 Mitgliederversammlung TGG
- 02.12.2019 Stolpersteinverlegung für die Fam. Gessler auf der Äußeren Weberstraße 79
- 03.12.2019 Gesellschafterversammlung des Gerhart-Hauptmann-Theaters
- 05.12.2019 Aufsichtsrats- und Gesellschafterversammlung APH/SGS/ZGK  
VFA-Sitzung: Dort wurde die Neubesetzung der Amtsleitung Bildung und Soziales zum 01.01.2021 mit Frau Marei Sonntag beschlossen.
- 07.12.2019 Eröffnung des Weihnachtsmarktes – Großen Dank an alle Beteiligten.  
Fertigstellung der Sanierung des Grufthauses im Klosterhof – BM Fay hat gesprochen.  
Eröffnung Internationales Judoturnier Ottokarplatz
- 09.12.2019 TVO-Mitgliederversammlung – Neuwahl des Vorstandes  
SOA –Leitung BM Fay
- 10.12.2019 TVA – Leitung BM Fay  
Gespräch mit OB Buchholz zur Eisenbahnverbindung „Herrnhuter Bahn“

|            |  |
|------------|--|
| 11.12.2019 | Präsentation Kulturhauptstadtbewerbung vor Jury  |
| 13.12.2019 | Kurzbesuch Ministerpräsident Kretschmar in Zittau  |
| 14.12.2019 | Traditioneller Stollenanschnitt durch BM Fay auf dem Weihnachtsmarkt   |
| 16.12.2019 | SSG-Vorstandssitzung (Antrag auf Fördermaßnahme FFW zum HLF- derzeit Nachrücker – frühestens 2021)   |
| 17.12.2019 | Lenkungskreis „Lausitz – Life and Technology“  |
| 19.12.2019 | Kleine Feier i. S. Busparkplatz Kelchsteine<br>Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung SBG  |
| 06.01.2020 | Sitzung Ältestenrat<br>Beirat Kultur und Tourismus   |
| 07.01.2020 | Teilnehmerversammlung Ländliche Neuordnung   |
| 09.01.2020 | Neujahrsempfang Kinder der Euroregion im Bürgersaal  |
| 12.01.2020 | Neujahrsmatinee der Kreismusikschule im GHT<br>18:00 Uhr Sendetermin NDR im Rahmen der Sendung Hanseblick „Mit dem Wohnmobil im Dreiländereck“ |
| 16.01.2020 | VFA  |
| 17.01.2020 | Treffen mit Valentin-Delegation  |
| 24.01.2020 | Bürgerpreisverleihung 2019 im Bürgersaal   |

Information aus dem VFA die Elternbeiträge in Kitas betreffend  
- Im VFA ist ein Weg entwickelt und beschlossen worden, wie die Erhöhung der Elternbeiträge in den Kitas für das Jahr 2020 abzuwenden möglich ist. Dadurch, dass die Amtsleitung für Bildung und Soziales ab 01.01.2020 beginnen kann, ist der geplante Personalkostensatz nicht zu verwenden. Aus dieser Kostenstelle ist ein klarer Deckungsvorschlag möglich und deshalb müssen die Elternbeiträge nicht erhöht werden. Die Kommunalaufsicht ist der Auffassung, diesen in einem ordentlichen Beschluss umzusetzen. Deshalb heute nur eine Information darüber.

---

## **5. Tagesordnungspunkt Beschlusskontrolle**

SR Gullus fragt das Hinweisschild beim REWE-Markt betreffend nach und es sollte in der Beschlusskontrolle aufgenommen werden.

OB Zenker hatte bereits im letzten Stadtrat angemerkt, dass man mit der Firma in der Verhandlung über die inhaltliche Bespielung ist. Das Ziel sollte sein, eine Mischung aus Veranstaltungswerbung plus lebendige Stadt zu bekommen. Ein reines Schild würde schon stehen.

SR Hentschel-Thöricht fragt den Arbeitsstand zum Beschluss zur Live-Übertragung der Stadtratssitzung betreffend nach.

Aufgrund von Krankheit von Herrn Scholze muss die Berichterstattung auf den Januar dazu verschoben werden.

Weitere Anmerkung gibt es nicht. Die Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

---

## **6. Tagesordnungspunkt Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte**

---

### **6.1. Tagesordnungspunkt Stadtrat Bruns**

Stadtrat Bruns hat folgende Anfragen:

1. Wie wird mit der Konstantin-Fedin-Tafel am Haus der Sparkasse weiter verfahren?
2. Wie ist der Stand des Mammutbaumes im Grünen Ring von Herrn Voigt a.D.?
3. Der Überweg an der Kreuzung Äußere Weberstraße – Stadtring entspricht in der Verkehrsführung von Fußgängern und Radfahrern nicht den Vorschriften der DIN. Wie kann es dazu kommen?“

Zu 1.

BM Fay erklärt, dass heute die Antwort zum Thema Mammutbaum herausgegangen ist. Im Dezember wird es noch eine Ersatzpflanzung geben.

Zu 2.

OB Zenker hat sich die Gedenktafel Vorort angesehen hat. Die Tafel ist fest mit dem Gebäude verbunden. Ohne weiteres würde er es nicht verändern wollen, wenn, dann würde um einen Antrag bitten, wo der Stadtrat darüber befindet. Dann müssen aber auch die Kosten dafür gefunden werden.

Die dritte Frage muss schriftliche beantwortet werden.

---

## **6.2. Tagesordnungspunkt Stadtrat Gullus**

Stadtrat Gullus hat folgende Fragen:

1. Gibt es ein Gebührenkatalog für das Krematorium? Wenn ja, wo und wie kann man ihn einsehen?
2. Wie ist der Stand zum Rechtsstreit zu der Untersuchung zur Agglomeration zwischen Liberec und Zittau? Wie weit ist der Arbeitstand der zweiten Untersuchung?
3. Welche nachhaltigen Projekte, außer der Dreiländerpunktbrücke, ergeben sich aus der Bewerbung um die Kulturhauptstadt heraus?

Die erste Frage wird schriftlich beantwortet.

Zu 3.

Wie wir zu nachhaltigen Projekten kommen, da ist der Weg, wo wir miteinander in Klausur gehen sollten und was wir miteinander umsetzen wollen, bemerkt OB Zenker. Er ist davon überzeugt, dass gemeinsam welche entwickelt werden könnten. Ein Thema erscheint ihm u.a. wichtig. Das ist der trinationale ÖPNV. Der ZVON hat hier bereits ein gutes Produkt. Das ist das Weiße-Ticket, das noch mehr gestärkt werden muss. Gestärkt wird es auch u.a. durch die Infrastruktur. Ein weiteres dringendes Thema ist das Bahnhofsumfeld. Hier speziell die ehemaligen Robur-Werke. Mehr möchte er heute aber nicht dazu sagen.

Zu 2.

Frau Göhler antwortet. Es ist nicht richtig, dass wir uns in einem Rechtsstreit befinden. Das Ganze ist eine inhaltliche Prüfung, ob die Rechnung korrekt gestellt wurde. Mit dem gegnerischen Anwalt ist man in Kontakt. Die umfangreichen Unterlagen liegen ihr vor. Sie geht davon aus, dass im I. Quartal 2020 hoffentlich eine Einigung zustande kommt. OB Zenker ergänzt, dass er Herrn Matthey hier um eine Berichterstattung zum aktuellen Stand bitten wird.

---

## **6.3. Tagesordnungspunkt Stadtrat Dr. Kurze**

Stadtrat Dr. Kurze bezieht sich auf einen Artikel in der SZ, wo über eine Gästetaxe in Olbersdorf berichtet wurde. Im Zusammenhang damit ist im Februar 2016 durch seine damalige Fraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion ein Antrag gestellt worden und dieser wurde auch beschlossen, dass der Oberbürgermeister beauftragt ist, Gespräche mit den Umlandgemeinden zu führen und u.a. zum Thema Kurtaxe bzw. Fremdenverkehrsabgabe zu sprechen. Wie ist dazu der Stand? Er bittet um Aufnahme des Beschlusses 006/2016 in die Beschlusskontrolle.

OB Zenker hat mit denen gesprochen und darüber wurde auch hier berichtet. Es gab auch eine Veranstaltung unter Beteiligung der Kammern der Sparkasse, der TGG und eines Gastreferenten dazu. Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom Naturpark e.V. und von der Touristischen Gebietsgemeinschaft ausgerichtet. Dort wurde am Beispiel von Bad Elster erörtert, wie sich so etwas einrichten lässt, was man dafür tun muss, was man daraus entwickeln kann. Unter einer deutlichen Meinungsmeldung der Kammern haben sie es abgelehnt, weil es eine weitere Belastung bedeutet. Wir haben drei Kommunen, die eine Gäste- respektive Kurtaxe einnehmen. Das sind Großschönau, Jonsdorf und Oybin. Im Naturpark wurde dazu beraten und es ist von der Mehrheit abgelehnt worden. Den Versuch, dort noch einmal neu darüber zu diskutieren, ist jetzt durch Herrn Förster gut vorgelegt worden.

Vielleicht kann man die Veröffentlichung zum Anlass nehmen, mit Olbersdorf wieder ins Gespräch zu kommen, ergänzt Dr. Kurze.

---

#### **6.4. Tagesordnungspunkt Stadtrat Thiele**

Stadtrat Thiele fragt erneut, wann er der Stadtratsausweis bekommt?

OB Zenker antwortet, dass es in der Verantwortung von Herrn Scholze liegt, der heute krankheitsbedingt ausgefallen ist. Er wird ihn aber daran erinnern.

---

#### **6.5. Tagesordnungspunkt Stadträtin Fiedler**

Stadtrat Fiedler hat folgende Anfragen:

Die erste Frage betrifft die Parkgebühren innerhalb der Stadt. Ihr ist aufgefallen, dass man nicht länger als zwei Stunden (Rathausplatz) parken darf. Hintergrund ist, dass sie heute vor der Stadtratssitzung mehr Zeit lösen wollte, als dies zulässig ist. Kann man nicht eine längere Parkzeit einräumen?

Die zweite Frage betrifft das Silvesterfeuerwerk. Wie hat sich dazu die Stadt Zittau entschieden? Sie findet es schade, dass es mit der Kulturhauptstadt nicht geklappt hat, weil so viel Zeit, Energie und Geld rein gesteckt worden ist. Sind Spenden übrig und was passiert damit? Bleibt das Büro und was passiert mit dem Personal, was dort angestellt ist?

OB Zenker antwortet. Es gibt eine Parkgebührenordnung in der Stadt Zittau, die per Einigung durch den Stadtrat in Abstimmung mit den Händlern beschlossen wurde. Der Parkplatz Breite Straße ist drei Minuten vom Rathaus entfernt und ist ab 16:00 Uhr kostenlos. Das Silvesterfeuerwerk in den Städten ist durch die Deutsche Umwelthilfe thematisiert worden. Das ist von uns ganz klar abgelehnt worden. Das Team zur Kulturhauptstadtbewerbung betreffend: Es sind derzeit keine Spenden übrig. Wir haben eine klare Option des Freistaates erhalten, klare Projekte in die Umsetzung zu bringen, die man sonst vielleicht nicht bekommt. Dafür werden wir Umsetzungsunterstützung benötigen. Er denkt hier an die ZSG, Bauamt, Museum etc. Das ist aber auf die Schnelle noch nicht geklärt.

---

#### **6.6. Tagesordnungspunkt Stadtrat Schostek**

Stadtrat Schostek hatte vor zwei Monaten die Anfrage bezüglich des Taxi-Schildes auf dem Markt gestellt. Hierzu hatte er eine Zwischenantwort erhalten. Wie ist der jetzige Arbeitsstand dazu? An ihn wurde herangetragen, dass auf der einen Seite der Frauenkirche (Johannisplatz) Anwohnerparkplätze bestehen und auf der anderen Seiten das Parken nicht gestattet ist. Seine Frage dazu: Ist es auf der einen Seite des Johannisplatzes möglich, Behindertenparkplätze zeitbegrenzt einzurichten?

BM Fay antwortet. Das Gespräch mit der Zittauer Taxigenossenschaft e.G. wurde geführt. Von dort kam die eindeutige Antwort, ja die Parkplätze werden benutzt. Insofern hat die Taxigenossenschaft darum gebeten, dass sie weiter erhalten bleiben und die Stadt Zittau würde sich dem anschließen, dass diese Taxi-Stände auf dem Markt weiter bleiben.

Den Johannisplatz betreffend würde eine schriftliche Antwort erfolgen, weil hier eine Prüfung erfolgen muss.

---

#### **6.7. Tagesordnungspunkt Stadtrat Hentschel-Thöricht**

Stadtrat Hentschel-Thöricht fragt zum Arbeitsstand zur Würdigung und der Tafel als Garnisonsstadt nach?

Hierzu gibt es noch keine Einigung, erklärt OB Zenker. Im Stadtratsbeschluss ist eindeutig festgelegt, dass der Veteranenverein sowie der Geschichts- und Museumsverein mit einbezogen werden sollen.

---



## **6.8. Tagesordnungspunkt Stadtrat Mannschott**

Stadtrat Mannschott interessiert, welche Arbeiten, Aufgaben oder Messebesuche und sonstige Dinge im Augenblick von der Wirtschaftsförderung nicht wahrgenommen werden können. Hintergrund ist der Erziehungsurlaub von Frau Heymann. Welche Veranstaltung, insbesondere auf Hinblick der Lausitz Initiative, wurde seither überhaupt besucht? Er denkt, dass er in der Mehrheit der Stadträte spricht, einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kulturhauptstadtbüros weiter zu geben. Sie haben eine hervorragende Arbeit geleistet und es wäre schön, wenn es weiter gehen würde.

Zum Thema Wirtschaftsförderung erläutert OB Zenker, dass er sich gemeinsam mit Frau Heymann darauf verständigt hat, dass die Termine zum Lausitzer Strukturwandel nach Arbeitsebene und politischer Ebene aufgeteilt werden. Persönlich ist er im Koordinierungskreis der Kommunen berufen. Was die Arbeiten der Wirtschaftsförderung betrifft würde er versuchen, es verständlich schriftlich für ihn aufzuarbeiten. Was wir zurzeit nicht so gut geregelt bekommen, sind die vertieften Unterstützungen von Wirtschaftsunternehmen gegenüber von Fördergeldgebern. Das ist eine extra Serviceleistung, die die Stadt Zittau anbietet.

Genau in diese Richtung zielte seine Anfrage, dass bestimmte Dinge zurzeit nicht abgearbeitet werden können, wodurch auch ein Nachteil für die Stadt Zittau entstehen kann oder sogar entsteht, erwidert SR Mannschott. Unter anderen Vorzeichen ist sein Antrag auf Aufstockung der Wirtschaftsförderung im Stadtrat nicht durchgegangen. Wäre es sinnvoll, wenn man von Seiten der Verwaltung und vom Stadtrat darüber nachdenken würde, doch eine Aufstockung der Wirtschaftsförderung in absehbarer Zeit herbeizuführen?

OB Zenker hat nicht davon gesprochen, dass eine Aufstockung nicht sinnvoll wäre. Er hat von der Finanzierung dieser Frage gesprochen. Es ist grundsätzlich eine gute Idee.

---

## **6.9. Tagesordnungspunkt Stadtrat Domsngen**

Stadtrat Domsngen hat in den letzten Wochen gehäuft Anfragen erhalten, die sich mit dem Thema Gestaltungssatzung beschäftigen. Zum 31.12.2019 läuft der Übergangszeitraum aus, in dem Gewerbetreibende, Händler und Gastronomen genehmigt wurde, alte Gestaltungen, zum Beispiel Gastronomie auf der Straße, so zu belassen, wie sie vorher war. Jetzt stellt sich heraus, dass die Betroffenen keine Änderungen vornehmen konnten oder wollten. Gibt es eine Möglichkeit, den Übergangszeitraum noch etwas heraus zuschieben? Gibt es einen Weg für die Betroffenen, unangenehme Rechtsfolgen zu verhindern?

OB Zenker antwortet. Grundsätzlich ist es so, dass der Stadtrat und die Stadtverwaltung diejenigen sind, die für so etwas die Grundlagen vom Gesetz her legen müssen. Er ist absolut bereit, bestimmt Dinge noch einmal anzuschauen, aber dafür muss man sich auf eine Vorgehensweise verständigen und man benötigt viel Zeit dafür.

Frage an den Oberbürgermeister. Ist Ihnen bekannt, dass sich ein Feuerwehrmann nach Bautzen verabschiedet hat und das der zweite Feuerwehrmann von unserer Berufsfeuerwehr nach Görlitz geht? Welche Maßnahmen hat die Stadtverwaltung getroffen, um den sich anbahnenden Personalnotstand entgegenzuwirken? Wann gibt es das Brandbedarfs-gutachten?

BM Fay antwortet. Gegenwärtig wird die Standortanalyse durchgeführt. Dort rechnen wir im II. Quartal nächsten Jahres, dass die Erhebung und Analyse soweit abgeschlossen ist. Darauf-folgend wird dann der Brandschutzbedarfsplan, der auch die künftige Ausgestaltung und Arbeit der Feuer mit beinhaltet, erstellt und in den entsprechenden Gremien mit vorgestellt werden. Ja, es ist richtig, ein Kollege der Zittauer Feuerwehr hat gekündigt und wird nach Bautzen wechseln. Wir sind gegenwärtig in der Dienstplanung in Abstimmung auch mit dem Kreisbrandmeister. Zum 01.01. wird die Dienstplanung umgestellt. Das wird auch unter der Berücksichtigung der Kündigung weiter so geplant.

---

**7. Tagesordnungspunkt**  
**Bericht zur Kraftwerksstiftung im Stadtrat Dezember**  
**BE: Anja Nixdorf-Munkwitz**

OB Zenker hat Frau Nixdorf-Munkwitz zur Berichterstattung eingeladen und übergibt ihr das Wort.

Frau Nixdorf-Munkwitz berichtet über die Stiftung Kraftwerk Hirschfelde. Die Stiftung wurde 2009 durch drei Stifter ins Leben gerufen, den Landkreis Görlitz, die Stadt Zittau und Vattenfall. Das Unternehmen heißt inzwischen Lehag. Dieser Stifter ist in die ganzen Pflichten und Rechte der Vattenfall mit eingetreten. Der aktuelle Vorstand setzt sich folgt zusammen: Thomas Zenker, Bernd Lange und Hubertus Altmann. Diese drei Stifter sind auch diejenigen, die die Stiftung nach außen vertreten. Sie ist die Geschäftsführerin und leitet die Tagesgeschäfte. Ursprünglich wurde die Stiftung gegründet, um den historischen Altstandort in Hirschfelde zu aktivieren und zu einem Museumsstandort auszubauen. Dazu hat eine fachliche Begutachtung stattgefunden unter Einbeziehung von Stadtverwaltung, Landkreisverwaltung und Flächeneigentümer Unternehmen Vattenfall/Lehag. Abschließend sind sie 2013 zu den Gutachten gekommen, dass der Standort für jede Form öffentlicher Nutzung nicht zugänglich, nicht nutzbar, nicht langfristig tragfähig ist. Daraufhin hat man sich die Industriekulturkernfragen vorgenommen. Das ist das Zeitzeugenmanagement, das ist der Umgang mit Denkmalsfragen, der Umgang mit der Sammlung und das Thema schriftliches Kulturgut.

Frau Nixdorf-Munkwitz berichtet weiter über den mehrjährigen Prozess, wo verschiedene Projekte erfolgt sind und abgeschlossen wurden. Dazu gehört die Kooperation mit Hochschulen und Universitäten. So wurde zum Beispiel das Gebäude als Denkmal fotografisch dokumentiert. Weiterhin wurde das gesamte Denkmal digitalisiert. Der Bestand wurde in die Deutsche Digitale Bibliothek integriert. Sämtliches Eigentum an diesen Standort wurde abgegeben. Das heißt: Sie hat keine Schlüssel mehr zum Kraftwerk. Der Standort, das Gebäude, sämtliche Liegenschaften des früheren Kraftwerkes gehören der Lehag und sind dort dem Altstandortmanagement angegliedert. Einige Aufgaben, die sie als Stiftung nicht in Angriff nehmen konnten, sind zum Beispiel das Thema Direktorenetape und die Turbinen.

Künftig wird man sich auf den Themenbereich Geschichtsarbeit stützen und auf der anderen Seite auf die innovative Form der Denkmalpflege als Schwerpunkt legen.

Stadtrat Dr. Kurze fragt das Direktorenzimmer betreffend nach. Gibt es da noch eine Chance an dieses Zimmer heranzukommen?

Frau Nixdorf-Munkwitz denkt, dass, wenn wir ein Szenario entwerfen könnten, dass die Öffentlichkeit daran partizipiert, wird sich das Unternehmen nicht versperren. Es war ja von Schenkung nur mit bestimmten Auflagen die Rede. Sie hofft, dass die vergangene Zeit dort nicht zu weiteren Schäden geführt hat. Sie hat mit den Standortentwicklern noch weiter den Kontakt, sowohl an dieser als auch an der Thematik mit den Turbinen wird hinter den Kulissen noch gearbeitet.

OB Zenker ergänzt, dass er Herr Altmann zugesagt hat, dass, wenn wir das bekommen, es der zukünftige Bürositz der Stiftung sein wird. Es ist eine Raum- und Abbaufrage. Am Freitag gibt es ein Gespräch dazu.

Bürgeranfragen gibt es nicht.

---

**8. Tagesordnungspunkt**  
**Beschluss zur Einführung eines städtischen Gedenktages an die Friedliche Revolution 1989**  
**Vorlage: 206/2019**

OB Zenker erläutert den Beschlussvorschlag. Dieser Beschluss ist auf Anregung der Initiative 89 im Zusammenhang mit dem Jubiläum „30 Jahre Friedliche Revolution in der Oberlausitz“ entstanden. Der Vorschlag, den 19. Oktober als Städtischen Gedenktag zu verankern. Der VFA hat mit 7:3:2 und der Sozialausschuss mit 1:1:4 die Beschlussvorlage empfohlen.

Stadtrat Kern berichtet zunächst über seine persönlichen Erlebnisse, wie er den Herbst 1989 und die Aufbruchsstimmung erlebt hat. Er spricht sich gegen den Gedenktag aus und schlägt vor, in Zittau das Gedächtnis an die Friedliche Revolution mit den 9. November, den „Tag der Besinnung zur Demokratie und Friedfertigkeit“ unter anderem in Erinnerung an die Reichspogromnacht, zu verbinden. Nach der Kranzniederlegung an der Tafel auf der Lessingstraße könnten die Besucher der Veranstaltung mit Kerzen auf die Bahnhofstraße gehen und diese auf die Mauer des ehemaligen Stasigebäudes

abstellen. An einer aufgespannten Leine könnten die BürgerInnen ihre Gedanken auf kleinen Plakaten, wie 1989, ausdrücken. Es ist wichtig, die Friedliche Revolution im Gedächtnis zu bewahren, aber einen eigenen Gedenktag für Zittau wird für nicht sinnvoll erachtet. Die AfD-Fraktion lehnt einen weiteren Gedenktag ab.

Stadtrat Hentschel-Thöricht vertritt die Auffassung, dass das Jahr 1989 ein emanzipatorisches Erbe mit Verantwortung sei. Er ist der Ansicht, dass auch zu dieser Verantwortung dazu gehört, all jenen Menschen mit ausdrücklichen und öffentlichen Respekt zu begegnen, die in der DDR auf die Widersprüche zwischen Theorie und Praxis, zwischen erklärten Anspruch und gelebter Wirklichkeit aufmerksam gemacht haben. Die Ziele und Absichten derer, die Reformen durchsetzen wollten, sind unvermittelt in den Schatten dessen geraten und gerückt worden, was unter dem symbolträchtigen Bild vom Mauerfall weltweit heute mit dem Jahr 1989 assoziiert wird. Angemessen wäre, die Frage von damals heute mit der gleichen Leidenschaft zu diskutieren. Fragen der Emanzipation, nach Grund- und Freiheitsrechten, Fragen danach, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse sein müssen, damit das Streben nach Selbstbestimmung und das Bedürfnis nach Gemeinschaftlichkeit nicht in Widerspruch stehen. Also nehmen Sie das Gedenken an 30 Jahre Friedliche Revolution auch zum Anlass, um den Unabgeholten der Hoffnung damals nach zu spüren. Dazu gehört auch die Ermunterung zu kritischem Denken und zum aufrechten Gehen. Dazu gibt der 3. Oktober und 9. November genug Raum. Einen weiteren städtischen Gedenktag braucht es hierfür nach seiner Ansicht und seiner Fraktion nicht.

OB Zenker unterstreicht noch einmal, dass es explizit um einen kommunalen Gedenktag geht. Der Wortlaut wäre fast exakt, dass diejenigen, die 1989 eine führende Rolle gehabt haben, diese aber nicht beansprucht haben, sondern einfach an der Gesellschaft weiter gearbeitet haben. Was hier als politische Diskussionsebene aufgemacht wird, passt nicht dazu.

Stadtrat Thiele stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte und Abstimmung.

OB Zenker erwidert, dass die Geschäftsordnung vorsieht, dass jede Fraktion sich äußern darf, die noch nicht gesprochen hat. Erst danach können wir zur Abstimmung über Antrag kommen. Es gibt eine Fraktion, die sich noch nicht geäußert hat.

Stadtrat Walkstein berichtet als ein damaliges Mitglied des Neuen Forums von Zittau über die Ereignisse, Erlebnisse und die Mitgestaltung von damals. Er selbst hat sich im Sozialausschuss zunächst der Stimme enthalten, weil er persönlich Schwierigkeiten mit dem Begriff „Gedenktag“ hat. Er schlägt vor, es in Form einer Diskussion zu begehen. Es gibt gerade in dieser Phase viele Meinungen, die diese Zeit betreffen. Für sich selbst teilt er diese Zeit in zwei Abschnitte ein, einmal bis zum Mauerfall und dann bis zu Wiedervereinigung. Er denkt, es gibt da unwahrscheinlich viele unterschiedliche Ansichten, die weiter diskutiert werden sollten, auch hier in Zittau. Er möchte an dieser Stelle etwas vorlesen, wo er um die wörtliche Aufnahme in das Protokoll bittet. „Ich bitte darum, dass dieser Gedenktag neben den Ereignissen im Herbst 1989 auch den Gesamtkontext dieser Umbruchszeit widerspiegelt. Außer den Erfolgen, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gab es auch hier in Zittau die Kehrseite der Medaille und die müssen wir unbedingt mit betrachten. Das kam schon zur Sprache, nämlich durch die Arbeit der Treuhand, Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit und beginnende Abwanderung. Lassen wir diese zweite Seite als zu negativ weg, sind wir uns selbst gegenüber nicht ehrlich. Dieser Tag sollte würdig und auch kritisch stattfinden und am Besten in Diskussionsform. Dafür würde ich jetzt meine Stimme für diesen Gedenktag geben.“

Zurzeit gibt es keinen Diskussionsbedarf mehr und OB Zenker lässt über den Änderungsantrag von SR Thiele, Ende der Debatte und Abstimmung, abstimmen.

Stadtrat Böhm spricht sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus.

Für den Antrag spricht niemand.

Mit 4 Ja-Stimmen und einer deutlichen Mehrheit dagegen, ist der Änderungsantrag abgelehnt.

#### *Weitere Diskussionsbeiträge zur Beschlussvorlage*

Stadtrat Schostek erinnert in Form einer Chronologie an damalige Ereignisse. Persönlich war er zurzeit in Dresden. Er schlägt vor, die Zittauer per Bürgerentscheid über die Einführung des Gedenktages abstimmen zu lassen.

Stadtrat Mannschott ist der Meinung, dass so ein Gedenktag etwas identitätsstiftend für Zittauer wäre. Es ist etwas positives, was die Zittauer verbinden kann, auch die Region. Er ist sehr dafür, dass der Gedenktag veranstaltet wird. Für ihn käme eine Ablehnung dieses Gedenktages direkt einer

Verhöhnung der Männer und Frauen gleich, die 1989 sehr mutig ihre Freiheit und ihr Leben auf Spiel gesetzt haben. Den Kompromiss für die Nutzung irgendwo positive und auch die negative Vergangenheit aufzuarbeiten, wie SR Walkstein es vorgeschlagen hat, findet er ganz toll, da es verbindet.

Stadtrat Thiele erinnert ebenso an die Ereignisse, auch dass er als Einer der Ersten mit dabei war. Allerdings fand er es schade und dies hatte er bereits angezeigt, dass zum Gedenktag in der Johanniskirche zum 30jährigen einer der Aktivsten, Pfarrer Eggert, nicht eingeladen wurde. Er kann den Gedenktag nicht unterstützen.

Stadtrat Johne ist von der jetzigen Diskussion dazu überrascht. Er spricht sich für den Gedenktag aus und würde die Hinweise von SR Walkstein dazu aufnehmen und findet diese wichtig.

Stadtrat Domsagen erklärt, dass seine Fraktion die Entscheidung sich darüber nicht einfach gemacht hat. Sie sehen das Problem des Gedenktages darin, dass dieser an eine aufgearbeitete Geschichte gedenken soll. Wenn man nicht konstruktiv in die öffentliche Diskussion geht, auch über die Medien, was aus dem Ganzen geworden ist, dann kann man dem Gedenken nicht viel abgewinnen. Dies ist dann halbherzig und dient einer einseitigen Propaganda und dem kann man nicht folgen.

Die Initiative 89 gründete sich zur Verstetigung der Erinnerung und angemessenen Wahrnehmung der Ereignisse, die zur friedlichen Revolution in der Oberlausitz führten, in der Region selbst, wie auch darüber hinaus, erklärt OB Zenker. Er kann hier keine Propaganda heraus lesen. Die Leute, die dazu unterwegs sind, sind durchaus sehr kritische Zeitgeister. Vielleicht nutzen sie die Gelegenheit mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Stadtrat Wauer plädiert eindeutig dagegen und fragt, warum man erst nach 30 Jahren auf die Idee kommt, einen Gedenktag einzuführen und warum niemand von der Initiative anwesend ist. Aus seiner Sicht erscheint ihm die Redefreiheit heute gleich, wie damals. Wenn er heute überlegen muss, was er sagt und was er veröffentlicht, dann erscheint es ihm, dass er an denselben Punkt wie damals ist. Genau an diesem Punkt möchte er ansetzen und deswegen möchte der den Gedenktag nicht haben.

„Es ist einfach unsäglich, was Sie von sich geben“, sagt OB Zenker. Sie können heute Dinge sagen, für die wären sie damals definitiv hinter schwedische Gardinen gelandet. Das ist unsäglich, was hier im Stadtrat zu solchen Dingen behauptet wird, nur weil der Mainstream in einer bestimmten Richtung das von sich gibt. Wir können in unserer Stadt diskutieren. Sie können es hier in diesem Saal. Er weißt nicht, wo die Konsequenzen für Sie lauern. Es gibt weder eine staatliche Repression dieser Art, noch andere Dinge. Wir verlieren uns gerade in Diskussionen, die überhaupt nicht angemessen für das Ansinnen sind. Es gibt einen sehr ehrenvollen Tag, das ist der 9. November. Wir haben jedes Jahr die Diskussion und Schwierigkeit, diese Themen zu verbinden. Es ist eine deutsche Geschichte in Gänze. Wir werden es nicht schaffen, am 9. November sowohl des Einen als auch des Anderen gebührend zu gedenken. Der 19. Oktober ist eine andere Ebene, wo die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt auf der Straße waren und tatsächlich selbst aktiv waren. Das ist der ganze Hintergrund.“

Stadträtin Wunderlich erklärt für ihre Fraktion, dass sie für diesen Antrag stehen. Es ist ein Gedächtnis der Stadt und es hat auch eine bildungspolitische Aufgabe.

Stadträtin Fiedler widerspricht dem. Wenn man Bildung beibringen kann, sollte es bitte in den Schulen erfolgen. Hierzu gibt es den Geschichtsunterricht und es sollte nicht an einem Gedenktag festgemacht werden.

Es besteht kein Diskussionsbedarf mehr und OB Zenker lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau bestimmt den 19. Oktober zum jährlichen Städtischen Gedenktag an die Friedliche Revolution in der Oberlausitz 1989.

#### **Abstimmung:**

**Ja 11 Nein 11 Enthaltung 2  
Der Beschluss ist: mehrheitlich abgelehnt.**

Es wird eine Pause von 10 Minuten durchgeführt.

---

**9. Tagesordnungspunkt**  
**Beschlussantrag AfD-Fraktion - Haushalt / Jahresabschlüsse / Inventuren**  
**Vorlage: 171/2019**

Stadtrat Domsgen, als Einreicher, erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Hofmann nimmt zum Beschlussvorschlag Stellung. Bereits im VFA wurde sich darauf verständigt, in welcher Art und Weise eine Unterlage möglich ist auszureichen. Sie erklärt, dass, so wie im Beschlussvorschlag formuliert und vorliegt, es für die Kämmerei leistbar ist. Es sind vorläufige Dinge und das Ergebnis 2013 ist bereits abgeschlossen und wird durch das RPA gegenwärtig geprüft.

Stadtrat Mannschott hat eine Frage an den Einreicher. Herr Domsgen hat die handwerkliche Qualität des Haushaltes und insbesondere das Handlungskonzept ernsthaft in Zweifel gezogen. Wann ist seiner Meinung nach mit einem Vortrag seinerseits zu rechnen, wie der Haushalt hier saniert werden kann.

Stadtrat Domsgen erklärt, dass nach dem er die Zahlenwerke der Kämmerei sich zu Gemüte geführt hat, im Zuge dessen dann Änderungsvorschläge kommen könnten. Verwirrend als Berufsträger im Bereich Bilanzbuchhaltung war für ihn, dass er sich nicht vorstellen konnte, dass ein Jahresabschluss bis dato 5 Jahre liegt. Er bezweifelt nicht, dass die Damen und Herren in der Finanzverwaltung eine ordentliche Arbeit tun. Er bittet die Wortwahl zu entschuldigen.

Es besteht kein Diskussionsbedarf mehr und OB Zenker lässt über den Beschlussantrag abstimmen.

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, innerhalb einer Frist von 2 Kalendermonaten die folgenden, ggf. mit Vorläufigkeitsvermerk versehenen Finanzergebnisse nebst weiterreichend erläuternden Unterlagen und Aufzeichnungen möglichst in elektronisch les- und analysierbarer Form, vorzugsweise im Format PDF, CDV oder XLS, vorzulegen:

Pos. Bezeichnung Zeitraum

1. Finanzergebnis 2014, 2015, 2016, 2017 und 2018

**Abstimmung:**

**Ja 14 Nein 7 Enthaltung 4**  
**Der Beschluss ist: mehrheitlich beschlossen.**

---

**10. Tagesordnungspunkt**  
**Information zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Großen Kreisstadt Zittau**  
**Vorlage: 215/2019**

OB Zenker übergibt das Wort an Frau Mannschott, Geschäftsführerin der Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, für die Berichterstattung zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes.

Frau Mannschott informiert über den Arbeitsablauf INSEK 2019/2020 sowie die Fortschreibung des Rahmenteils anhand der vorbereiteten Präsentation. Die Präsentation ist Anlage der Informationsvorlage. Sie informiert weiter über die Ziele und weitere Arbeitsthemen in der zeitlichen Abfolge, auch unter Beteiligung der Stadträtinnen und Stadträte.

Eine Nachfrage stellt Stadtrat Walkstein zur Form der Beteiligung der Stadträte.

Hierzu antwortet Frau Mannschott, dass dies von den Themen abhängig ist, welche Form gewählt wird.

Stadtrat Böhm hat eine Anmerkung zu den Beteiligungsformaten. Er bittet darum, nicht nur Bürgerbeteiligungsformate zu machen, sondern auch zu versuchen, externen Sachverstand mit einzuholen. Ihm wäre besonders dabei wichtig, verschiedene Meinungen des externen Sachverständigen anzuhören.

Bestimmte Experten werden sie einladen, aber dies kann nicht zu jedem Thema erfolgen, dass ein Expertenverband eingekauft wird. Dies ist auch im Sinne des Haushaltes nicht möglich. Wo es möglich ist, sehr gern, sagt Frau Mannschott.

Stadtrat Dr. Kurze bestätigt, dass sie sich informiert fühlen. Das vorgestellte Format findet Zustimmung und zu gegebener Zeit werden sie Frau Mannschott in die Fraktionssitzung einladen, um den einen oder anderen Punkt zu diskutieren.

---

## **11. Tagesordnungspunkt**

### **Beschluss zur Kooperationsvereinbarung zwischen dem Oberlausitzer Kreissportbund e. V., der Großen Kreisstadt Zittau und der Gemeinde Olbersdorf zur weiteren Entwicklung/Unterstützung des "Zittauer Gebirgslauf und Wandertreff (ZGLW)" für die Jahre 2020 bis 2022**

**Vorlage: 207/2019**

OB Zenker erläutert den Beschlussvorschlag. Der Sportbeirat hat mit 6:0:1 die Vereinbarung empfohlen, der VFA mit 11:0:1 und der SOA mit 5:0:0 ebenfalls. In der Zwischenzeit liegt eine redaktionelle Ergänzung vor. Hinzu kommt aus dem VFA eine Diskussionsebene, die von einem Sportbeiratsmitglied vorgetragen wurde. Wo es hieß, dass die hier dargestellten 5000 Euro nur in Höhe von 2.500 € maximal 3.000 € aus dem Fördertop „Sportveranstaltungen“ zu nehmen sind. Der Rest soll aus dem Haushalt kommen. De facto bedeutet das aber, dass der Ansatz der Sportförderung erhöht werden muss, um diese vermeintlich eingesparte Summe.

Stadtrat Gullus erklärt, als Vorsitzender des Sportbeirates, dass dieser unter der Voraussetzung zugestimmt hat, dass die Stadt verbindlich erklärt, die Hälfte dieses Betrages zu übernehmen. Er bittet Herrn OB Zenker dies verbindlich hier zu erklären, die Hälfte irgendwie zu organisieren und aus dem Budget der Sportförderung nur die Hälfte kommt. Eine weitere Bitte aus dem Sportbeirat kam, dass eine bessere Werbung im Sinne der Stadt Zittau, dass sie auch einen großen Anteil an der Finanzierung trägt, angestrebt wird.

OB Zenker stellt richtig. Die Stadt Zittau ist für die Gesamtsumme, 5.000 €, verantwortlich und diese kommt aus dem Haushalt der Stadt Zittau. Was die Sportbeiratsmitglieder wollen ist, dass aus dem Fonds, der zur Verfügung steht für Veranstaltungen, soll de facto erhöht werden. Das ist eine Sache seiner Meinung nach, eine Erhöhung, die mitten in Zeiten des Haushaltsstrukturkonzeptes eine Herausforderung bedeutet. Wir öffnen hier Tür und Tor für alle möglichen Begehrlichkeiten. Der Punkt ist: Wir haben einen umfangreichen Topf gebildet, aus dem verschiedene Veranstaltungen bedient wurden. Wir haben ein weiteres Konto eingerichtet, was vertragliche gebunden war, dort sind andere Mittel abgebildet. Wenn wir diesen Beschluss fassen, heißt es, dass wir uns vertraglich binden, diese Summe den Gebirgslauf zur Verfügung zu stellen. Die dahinterliegende Finanzierung wäre ab 2021 neu zu regeln und für 2020 gibt es einen gültigen Haushalt. Es wäre ein klassischer Üpl/Apl-Antrag, den er im Summenbereich zwar unterschreiben könnte, aber er noch nicht weiß, wo er das Geld heraus nehmen soll. Dies hat er auch im VFA so gesagt. Er hat aber auch gesagt, dass er es für möglich hält, diese Summe aufzutreiben. De facto bedeutet das, wir nehmen eine avisierte Förderung für den Gebirgslauf nur zur Hälfte aus dem Topf und die andere Hälfte bleibt für jemand anderes, den wir noch nicht kennen und der auch noch nicht dieses Jahr voll ausgereizt ist.

Stadtrat Thiele hat es im VFA anderes vernommen, dass der OB ganz klar zugesichert hat, Mittel aus einem anderen Fond zu geben. Dem Sportbeirat stehen im Jahr 15 T€ für die Zittauer Sportvereine zur Verfügung. Der Zittauer Gebirgslauf ist kein Zittauer Verein. Wir unterstützen es, dazu gibt es keine Frage, aber es ist kein Zittauer Verein. Wenn wir aus unserem Budget 5.000 Euro entnehmen, sind nur noch 10 T€ übrig. Die Bitte geht dahin, diese 5.000 Euro nicht in der vollen Summe aus dem Budget zu nehmen.

Stadtrat Johne ergänzt die Aussage im Sportbeirat. Grundsätzlich hatte man sich darauf verständigt, nicht die komplette Summe in der Höhe von 5.000 € aus dem Budget der Sportförderung zu tragen. Die Wichtigkeit der Veranstaltung steht außer Frage. Dass wir für nächstes Jahr die Situation haben, einen bestehenden Haushalt zu haben und da eine Sonderlösung gefunden werden müsste, ist bewusst.

Stadtrat Hentschel-Thöricht schlägt redaktionelle Änderungen vor. In der Präambel in der Mitte die Jahreszahl 1997 aus werbetechnischen Gründen zu streichen. Weiter unten im Absatz ist der Zittauer

Gebirgslauf groß zu schreiben. Unter Punkt 2 schlägt er folgende Formulierung vor: „Diese Unterstützung kann mit jedem Haushalt vom Stadtrat neu beschlossen werden.“

OB Zenker schlägt dazu folgende Formulierung vor: „Diese Unterstützung unterliegt *grundsätzlich des Haushaltsbeschlusses...*“ Dies muss er an BM Förster weiterleiten und abstimmen. Zur Finanzierung erklärt er noch einmal: Wir gehen mit einen Beschluss gegen den aktuellen Haushalt vor. Nun ist die Summe von 2 bis 3 T€ es nicht wert, dass er schon wieder in Widerspruch geht, weil es der Stadt Zittau angeblich Schaden bereitet. Grundsätzlich ist es so, die Summe ist nicht im Haushalt abgebildet. Wenn es die Mehrheit hier beschließt und er dagegen nicht in Widerspruch geht, ist er angehalten, dieses Geld zu finden. Genauso hat er es bereits im VFA auch gesagt. Grundsätzlich tun wir nichts anderes, als die Gesamtförderung im Bereich Veranstaltung und das ist das Hauptziel dieser Förderung, um diese Summe zu erhöhen. Das ist in Zeiten des Haushaltsstrukturkonzeptes nicht der richtige Weg. Bisher ist der Zittauer Gebirgslauf aus diesem Topf jedes Jahr finanziert worden. Allerdings geht der Sportbeirat bei der Vergabe der Mittel genau danach vor, welche Anmeldungen vorliegen. Im Moment gibt es sogar noch eine Restsumme. Es hängt vielleicht doch davon ab, wie viel Bedarf überhaupt entstanden ist.

OB Zenker nimmt den Änderungsantrag des Sportbeirates auf, der beinhaltet, die Summe für das Jahr 2020 aufzuteilen.

Stadtrat Gullus stellt fest, dass Herr OB Zenker eine Lösung finden möchte. Dies kommt ihn sehr entgegen und aufgrund dessen kann er dieser Vereinbarung jetzt zustimmen.

Stadtrat Hentschel-Thöricht unterstützt die Vereinbarung. Wie es dann verwaltungsintern aufgeteilt wird, dies wurde bereits ausgeführt, dass es eine Möglichkeit geben wird. Feststellen möchte er noch dazu, dass der Sportbeirat ein beratendes Organ ist und nichts beschließt. Natürlich ist er froh, dass es ihn gibt. Es gibt die Zusage und in dem Fall wird der OB eine Möglichkeit finden. Die redaktionellen Änderungen werden auch übernommen.

Es besteht kein Diskussionsbedarf mehr und OB Zenker stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Oberlausitzer Kreissportbund e. V., der Stadt Zittau und der Gemeinde Olbersdorf für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2022 gemäß dem Wortlaut der anliegenden Vereinbarung.

**Abstimmung:**

**Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0  
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

---

**12. Tagesordnungspunkt**

**2. Änderung der Richtlinie zur Regelung der Kindertagespflege in der Stadt Zittau**

**Vorlage: 220/2019**

OB Zenker erläutert den Beschlussvorschlag. Der SOA hat einstimmig die Vorlage empfohlen.

Es besteht kein Diskussionsbedarf und OB Zenker lässt darüber abstimmen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt die 2. Änderung der Richtlinie zur Regelung der Kindertagespflege in der Stadt Zittau gemäß Anlage.

**Abstimmung:**

**Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0  
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

Stadträtin Wunderlich war zur Abstimmung nicht anwesend.

### **13. Tagesordnungspunkt**

#### **Beschluss zur Fortsetzung der Förderung der Einzelmaßnahme EFRE NSE „KU-Förderung“ auf der Grundlage der Förderrichtlinie der Stadt Zittau**

**Vorlage: 223/2019**

OB Zenker erläutert den Beschlussvorschlag. Der VFA hat einstimmig und der TVA ebenso einstimmig den Beschlussvorschlag empfohlen.

Es besteht kein Diskussionsbedarf und OB Zenker lässt darüber abstimmen.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt vorbehaltlich der Zustimmung der Sächsischen Aufbaubank (SAB) als Bewilligungsbehörde die weitere Förderung und Durchführung der Einzelmaßnahme EFRE-ISE „KU-Förderung“ mit 125.000 € auf Basis der beigefügten „Förderrichtlinie der Stadt Zittau über die Gewährung von Zuwendungen an kleine Unternehmen im Rahmen der EFRE-Förderung 2014-2020“.

**Abstimmung:**

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0  
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

---

### **14. Tagesordnungspunkt**

#### **Beschluss zur Neufassung der Satzung der Großen Kreisstadt Zittau über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege**

**Vorlage: 158/2019**

OB Zenker stellt fest, dass er am Anfang dieser Sitzung den Tagesordnungspunkt nicht heruntergenommen hat. Er bittet um Zustimmung, wie bereits im Bericht erläutert, auf Vertagung. Die Abstimmung erfolgt. Einstimmig wird zugestimmt.

OB Zenker stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez.  
Thomas Zenker  
Oberbürgermeister

gez.  
Andreas Mannschott  
Stadträtin/Stadtrat

gez.  
Andreas Wiesner  
Stadträtin/Stadtrat

gez.  
Simone Weichenhain  
Schriftführer/in